

Verantwortliche  
Redakteure:  
Für den politischen Theil:  
E. Fontane,  
Für Rechtswissenschaft und Vermischtes:  
J. Steinbach,  
Für den übrigen redakt. Theil:  
J. Sachse,  
sämmtlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Inseratenthail:  
J. Lugin in Posen.

# Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
Gal. 30. Preis. Postleitzahl:  
Gr. Gerber- u. Breitestr. - Ecke.  
Otto Meißel, in Posen  
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,  
in den Städten der Provinz  
Posen bei unseren  
Agenturen, ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
Kasse, Sauerländer & Pöglers A.-G.  
G. J. Paule & Co., Invalidenthail.

Nr. 909

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,  
am Sonntag und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonntagen und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für  
ganze Deutschland. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Mittwoch, 30. Dezember.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den übrigen  
Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1891

## Politische Uebersicht.

Posen, 30. Dezember.

Der Bundesrath wird voraussichtlich am Ende der ersten Januarwoche seine Arbeiten wieder aufnehmen. Allem Anschein nach wartet seiner noch eine Reihe wichtiger Arbeiten. Wie wiederholt berichtet worden, wird dazu eine Erweiterung des Strafgesetzbuches gehören, welche sich nicht nur auf das Zuchthauswesen beschränken, sondern auch andere Fragen berühren soll. Es gehören dazu vor Allem verschärfte Bestimmungen gegen die Verbreitung unsittlicher Schriften, womit die seiner Zeit mitgetheilten Anträge Braunschweigs ihre Erledigung finden sollen.

Im Volksschulgesetzentwurf scheint, der „Post“ zufolge, der Versuch unternommen zu sein, eine mittlere Linie zu finden, auf welcher sowohl die staatliche Aufsicht und der bürgerliche Charakter der Schule, als der katholisch-kirchliche Grundsatz, daß der Religionsunterricht nur auf Grund der Missio canonica erteilt werden dürfe, zu ihrem Rechte gelangen, indem der Kirche die Befugnis eingeräumt wird, in den Fällen, wo sie die Lehrer zur Ertheilung des Religionsunterrichts nicht (oder nicht mehr) für geeignet erachte, letztere durch ihre Organe selbst zu erteilen. Das würde im wesentlichen darauf hinauslaufen, daß die Kirchen vollständig frei sein sollen in der Auswahl derjenigen Geistlichen und Lehrer, welche mit der Ertheilung des Religionsunterrichts betraut werden, wie neulich die „Nordd. Allg. Ztg.“ angekündigt. — Der Mehrbedarf für die in der Provinz Schlefen in Aussicht genommene Regelung der Lehrergehälter soll sich auf nahezu eine Million Mark belaufen.

Fürst Bismarck versucht in den „Hamb. Nachr.“ abermals seine Verantwortlichkeit für das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz in der Form, in welcher es schließlich Gesetz geworden, von sich abzuwälzen. Er habe das ihm vorschwebende Ziel, daß der Arbeiter zu den Kosten der Zwangsversicherung überhaupt nicht herangezogen werden solle, nicht erreichen können und habe sich schließlich mit dem begnügen müssen, was Reichstag und Bundesrath ihm bewilligt hätten. — Fürst Bismarck trägt formell und materiell die Verantwortlichkeit für das Alters- und Invaliditätsgesetz, und wenn er jetzt versucht, sich dieser Verantwortlichkeit zu entziehen, so beweist er dadurch nur, daß er nachträglich die Schädlichkeit des Gesetzes selbst erkannt hat. Seine jetzigen Versuche, die Verantwortlichkeit für das Gesetz los zu werden, sind um so komischer, als die Bismarckschen Offiziosen bekanntlich nach Annahme des Gesetzes nicht genug Lobeserhebungen finden konnten, um die Verdienste des Fürsten gerade um das Zustandekommen dieses Gesetzes, das stets als Krönung des Baus der sozialpolitischen Gesetzgebung gepriesen wurde, in den Himmel zu heben.

In neuerer Zeit wird in den holländischen ultramontanen Blättern ein Feldzug gegen die Zivilehe

geführt, welcher unter der katholischen Bevölkerung viel Anklang zu finden scheint. Um vollständige Abschaffung dieses Instituts handelt es sich dabei zunächst nicht, vor der Hand würde man sich damit begnügen, wenn Art. 136 aus dem bürgerlichen Gesetzbuch gestrichen würde, denn dieser lautet: „Keine religiösen Feierlichkeiten dürfen stattfinden, ehe die Parteien einem Diener einer Kirche den gesetzlichen Beweis geliefert haben, daß ihre Ehe in Gegenwart eines Beamten des bürgerlichen Standes vollzogen worden ist.“ Diese Bestimmung ist auch von jeher sehr streng gehandhabt worden, der derselben zuwider handelnde Geistliche wird mit Geldbuße und im Wiederholungsfall mit Gefängnis bestraft, weshalb auch die Fälle äußerst selten sind, in welchen gegen ein Kirchendiener strafrechtlich eingeschritten werden mußte. Nach der Behauptung der ultramontanen Wortführer widerstreitet dieses Gesetz den Grundprinzipien des Christenthums, es verhindere ferner die freie Ausübung der Religion, thue dem Gewissen des Volkes Zwang an und habe für die öffentliche Sittlichkeit die entsetzlichen Gefahren zur Folge. Von selbst versteht es sich dabei, daß, wenn der Artikel wirklich aus dem Gesetzbuch verschwinden würde, der ultramontane Eifer dann keineswegs Halt machen, sondern die vollständige Aufhebung der obligatorischen Zivilehe verlangen würde, wodurch die Geistlichkeit, namentlich soweit Mischehen dabei zur Sprache kämen, zum unbeschränkten Gebieter über ganze Volksklassen werden müßte. Unter der vorigen Regierung mit der orthodox-ultramontanen Mehrheit in der zweiten Kammer wurde allerdings ein sehr schüchtern Anlauf dazu genommen, der Regierung nahe zu legen, was sie ihrem „christlichen“ Charakter gemäß zu thun hätte, aber diese war sehr schwach, und der orthodoxe „Standard“, der mit den Forderungen der Ultramontanen hier vollständig übereinstimmte, erklärte schließlich, daß die Regierung derart mit Geschäften überladen sei, daß sie „nicht alles zugleich thun könne.“ Unter dem jetzigen liberalen Kabinett ist die Verwirklichung der Forderung natürlich noch in weitere, unabsehbare Ferne gerückt, dies wird aber den Eifer der ultramontanen Heißsporne keineswegs zügeln oder erkalten lassen, denn sie haben an der Durchlöcherung des Prinzips der konfessionslosen Volksschule gesehen und gelernt, daß eine Jahrzehnte lang mit Ausdauer und dem rücksichtslosesten Eynismus betriebene Hez- und Wühlarbeit schließlich doch dem ersehnten Ziele näher bringt. Wenn die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Ehemwens überhaupt reformatorisch zu Werke gehen will, so müßte sie in erster Linie für ein zweckmäßigeres und dem Geiste der Zeit mehr entsprechendes Ehescheidungs-gesetz sorgen; denn das bis heute geltende Gesetz, welches während der Vereinigung mit Belgien hauptsächlich unter spezifisch-katholischen Einwirkungen zu Stande gekommen ist, erkennt im Grunde genommen gar keine Ehescheidung an und macht dieselbe nur auf Umwegen, die ebenso viel Zeit, wie Geld kosten, möglich. In den ultramontanen Blättern werden die katholischen Mitglieder der zweiten Kammer aufgefordert, zum Beweis der in ihren Gliedern wieder hergestellten Eintracht einen Kollektivantrag zur Ab-

schaffung des Artikels 136 bei der Volksvertretung einzubringen.

Die „Agence de Constantinople“ veröffentlicht nachstehendes Komunique: „Einzelne auswärtige Blätter sprechen von dem Interesse der Türkei an dem Bündnisse mit dieser oder jener Macht. So möchte ein russisches Blatt die Türkei unauf löslich mit Rußland und demzufolge auch mit Frankreich verbündet sehen und entwickelt eine große Beredsamkeit, um die Pforte von dem Nutzen eines derartigen Bündnisses zu überzeugen. Es giebt sogar Journale, welche behaupten, daß die Annäherung zwischen der Türkei und den beiden Mächten sich bereits vollzogen habe. Alle diese Blätter verwechseln Wünsche mit wirklichen Thatsachen, indem sie häufig den unbedeutendsten Begebenheiten eine Wichtigkeit beilegen, welche die türkische Regierung, nicht entfernt im Sinne hatte. Derartige Begebenheiten sind beispielsweise Handlungen der Zuvorkommenheit, der einfachen internationalen Höflichkeit, die Entsendung gewisser Missionen, die Verleihung von Orden u. s. w. Es steht heute fest, daß die türkische Regierung eine Politik des Friedens und der Freundschaft mit allen Mächten befolgt, indem sie sich bemüht, den internationalen Pflichten gerecht zu werden, ohne irgend eine derselben zu verletzen, vielmehr alle Kräfte aufbietet, ein Einvernehmen unter denselben herbeizuführen. Diese strenge Unparteilichkeit und loyale Neutralität bildeten stets die Richtschnur für das Vorgehen der türkischen Regierung und sind bereits viel zu sehr bethätigt worden, als daß heute noch Zweifel in dieser Richtung möglich wären.“

Beide Häuser des seit 1890 bestehenden japanischen Parlaments haben ihr natürliches Ende nicht erlebt; der Senat, dessen Mitglieder, abgesehen von den lebenslänglichen, auf sieben Jahre ernannt resp. gewählt sind, ist schon am 20. Oktober v. J. aufgelöst worden; am 25. Dezember ist nun dem Repräsentantenhaufe, dessen Legislaturperiode vier Jahre beträgt, dasselbe Schicksal widerfahren. Die österreichische Gesandtschaft in Japan hat Wiener Blättern die betreffende Mittheilung gemacht. Die neue japanische Verfassung datirt vom 11. Februar 1889. Die Auflösung ist darauf zurückzuführen, daß sich die Bildung einer großen, gegen die Regierung gerichteten Oppositionspartei vollzieht. Die Fortschrittspartei und die radikale Partei haben sich über ein Zusammengehen bereits verständigt, und in Folge dessen ist „aus Gesundheitsrücksichten“ Graf Okuma als Mitglied aus dem Staatsrath ausgetreten. Dieser Erfolg hat die Opposition, so schreibt man aus Tokio, veranlaßt, Opposition aus Grundsat zu treiben. Die Fortschrittspartei hat bereits ein Parteiprogramm veröffentlicht, worin sie Abschaffung, beziehungsweise Zusammenwerfung einer ganzen Anzahl Bureau's in den verschiedenen Regierungszweigen und Entlassung von Beamten fordert. Das ganze läuft mithin auf eine Beschneidung des Budgets hinaus. Die Regierung möchte den Fortschritt fördern durch Hebung der Industrie, Unterstützung des Landbaues durch Agrikulturbanken durch Regelung der

## Newyorker Brief.

(Von unserem Korrespondenten.)

Newyork, Mitte Dezember.

Als die Frage entschieden war, daß eine Weltausstellung zur Erinnerung an den 500sten Jahrestag der Entdeckung Amerikas durch Christoph Columbus stattfinden sollte, und die Frage noch eine offene war, in welcher Stadt die Ausstellung stattfinden sollte, da setzte Newyork alle Hebel in Bewegung, um über seine Mitbewerber den Sieg davonzutragen. Und als dann Chicago siegreich aus dem Kampfe hervorgegangen war, fingen natürlich die Newyorker sofort zu schmollen an; aus dem Schmollen wurde kleinliche Eifersucht und bald hieß es: die Ausstellung wird doch ein Fiasko machen, wir wollen uns gar nicht daran betheiligen. So kam es, daß von der Staats-Legislatur nicht ein Cent zur Beschickung der Ausstellung bewilligt wurde, und erst nach und nach gewann Einsicht bei den Bürgern Newyorks wieder die Oberhand und Anstalten wurden getroffen, sich an der Ausstellung zu betheiligen. Als es soweit gekommen war, hielt es denn auch den Newyorker Weltausstellungs-Kommissionen nicht schwer, den Stolz der Bewohner des Empire-Staates zu brechen, und überall zeigen sich nun Zeichen erneuten Interesses seitens Newyorks an dem Erfolge des Unternehmens. Am 21. d. Mts. findet in Delmonico's Hotel ein Bankett statt, welches von den Weltausstellungs-Kommissionären Depew, Thacher und Allen auf eigene Kosten — sie können es sich ja erlauben — veranstaltet wird. Depew wird bei demselben den Vorsitz

führen, und Marine-Sekretär Tracy und Senator Daniel von Virginia werden unter den Gästen sein. Senator Daniel war es, welcher den Antrag stellte, daß der Kongreß 250 000 Dollars bewilligen solle, um zur Feier des Gedentages, der Entdeckung Amerikas eine Marineparade zu veranstalten. Es wird bei dem Diner nicht nur gegessen und getrunken werden! Bei demselben wird auf die Frage besprochen worden, auf welche Weise Newyork sich an der Columbian-Ausstellung betheiligen kann, und das Datum festgesetzt werden an welchem das Flotten-Manöver im Hafen von Newyork und die Enthüllung der Kolombus-Statue stattfinden soll. Die italienischen Einwohner Newyorks möchten es gerne sehen, daß die Statue am 12. Oktober 1892 — dem Jahrestage der Landung in San Salvador — enthüllt würde; doch dürfte dieser Wunsch dadurch in die Brüche gehen, daß am 12. Oktober laut Kongreß-Beschluß die Ausstellung in Chicago eröffnet wird. Der Kongreß hat auch entschieden, daß die Flotten-Revue im Monat April 1893 stattfinden solle; es liegt daher in der Absicht der Ausstellungskommission, die Mitglieder des Monument-Komitees zu bewegen, die Statue um etwa dieselbe Zeit zu enthüllen.

In demselben Hotel, in welchem am 21. d. M. obenerwähntes Bankett stattfinden wird, soll am Neujahrsabend der großartige Ball der „Vierhundert“ unter Führung von Ward Mac Alister vor sich gehen; die Millionäre und Millionärinnen von Newyork werden sich bei demselben ein Stelldichein geben. — A propos Millionäre! Ueber die erfreuliche Thatsache, daß Russell Sage dem Menschen nicht zum Opfer gefallen ist, der eine Dynamitbombe nach ihm warf,

scheint man die betäubende Thatsache ganz aus den Augen verloren zu haben, daß fünf Menschenleben dabei zu Grunde gingen. Anstatt letzteres zu beklagen oder den Hinterbliebenen der Getödteten substantielle Sympathie entgegenzubringen, ergeht man sich schon seit einigen Tagen in Wizen und Ankdoten über den Geiz des glücklich dem Tode entronnenen Millionärs.

„Der Mann muß in der That verrückt gewesen sein, der Sage um Geld anging“, sagte Einer. Der giebt nur Geld her, wenn er es muß; aber eine Dynamitbombe ist bei ihm noch lange kein „Muß“. — „Haben Sie auch gehört“, sagte ein Anderer, „was Sage äußerte, als er aus den Trümmern herausgesehen war?“ „Ich habe für diesen Anzug vor zwei Jahren fünfzehn Dollars bezahlt und sehen Sie nur einmal, wie er jetzt aussieht.“

Sage zitterte auch nicht einen Augenblick um sein Leben; als er aber in O'Connell's Apotheke auf den Arzt wartete, der ihm die unbedeutenden Verletzungen verbinden sollte, die er davongetragen hatte, da jammerte er, daß er auf seinem Bulte einen Kontrakt habe liegen lassen, den er kurz vorher unterschrieben hatte. Sobald einer seiner Klerks kam, um sich nach seinem Befinden zu erkundigen, fragte Sage, wie es mit dem Kontrakt stehe, und schickte den Klerk sofort ab, denselben zu suchen. Sage ist einer von den Leuten, die gerne, sehr gerne Geld einnehmen, sich lieber aber einen gesunden Zahn ausreißen lassen, als Geld auszugeben. Vor einem Jahre hätte er beinahe einen Boten, der seit Jahren in seinen Diensten stand, aus folgendem Grunde entlassen. Jeden Mittag mußte ihm derselbe einen Sandwich-Käse holen, der haare zehn



Flüsse, Erweiterung des Eisenbahnnetzes und dergl. Die Fortschrittspartei scheint aber entschlossen, allen diesen Plänen wüthende Opposition zu machen, um das Ministerium zu stürzen. Bereits werden Listen oppositioneller Ministerien in den Zeitungen aufgestellt. Die Antwort der Regierung war nun die Auflösung des Parlaments.

## Deutschland.

□ **Berlin**, 29. Dez. Mit ungewöhnlicher Schärfe wird offiziös die „Post“-Melbung bestritten, daß der Kaiser einen Kranz auf das Grab des ultramontanen Historikers Janssen habe niederlegen lassen. Die Mittheilung der „Post“ war für jeden Verständigen so ungläubhaft, daß sie ignoriert werden dürfte. Erst das jetzige offiziöse Dementi giebt der Sache nach einer andern Richtung hin eine gewisse Bedeutung. Man erinnert sich des Ausspruchs des Kaisers, der beim Empfang des Vorstandes der Generalsynode fiel: „Die Reformationskirche ist an der Brust der deutschen Fürsten groß geworden.“ Wer eine solche Auffassung hat, der kann die Darstellung der Reformationsgeschichte durch Janssen gewiß nicht anders als mit Mißfallen betrachten. Janssen zu feiern wird nach wie vor ausschließlich dem verhärtetsten Ultramontanismus überlassen bleiben müssen. Es ist ein Unterschied, ob einem Parteiführer wie Windthorst Ehren erwiesen werden, oder ob ein Historiker wie Janssen noch im Sarge eine kaiserliche Anerkennung erfahren soll. Die „Post“, die die falsche Nachricht gebracht hat, hätte sich das sehr wohl vorher überlegen können. — Ueber den neuen Volksschulgesetzentwurf bringt die „Post“ Andeutungen, die, wenn sie zutreffen sollten, nicht gerade viel Vertrauen erwecken können. Graf Zedlitz will hiernach, so scheint es, Unvereinbares vereinigen. Die berühmte „mittlere Linie“ spielt auch hier ihre Rolle. Der bürgerliche Charakter der Schule und die staatliche Aufsicht sollen gewahrt bleiben, aber gleichzeitig soll der katholisch-kirchliche Grundsatz berücksichtigt werden, daß der Religionsunterricht nur auf Grund der missio canonica erteilt werden dürfe. Die Kirchen sollen die Befugniß erhalten, „in den Fällen, wo sie den Lehrer zur Ertheilung des Religionsunterrichts nicht für geeignet erachten, letzteren durch ihre Organe selbst erteilen zu lassen“. Wie bei der Durchführung solcher Grundsätze „die staatliche Aufsicht und der bürgerliche Charakter der Schule“ erhalten bleiben können, ist einweilen das Geheimniß des Kultusministers. Man wird jedenfalls weitere Nachrichten abwarten müssen, weil aus dem, was bis jetzt verlautet, ein innerer, auch nur logisch, geschweige denn politisch befriedigender Zusammenhang nicht zu konstruieren ist. Wäre es so, wie die „Post“ erzählt, dann könnte das Centrum zufrieden sein, und die begeisterte Zustimmung zu den Handelsverträgen würde sich trefflich belohnen haben. Nach der „Post“ wird der neue Volksschulgesetzentwurf gleichzeitig über die Erhöhung der Lehrergehälter Bestimmungen treffen. Das hat man freilich auch sonst schon gewußt, und das konservativere Blatt ist nicht im Stande, Näheres über die Art und Weise anzugeben, wie die betreffenden Summen aufgebracht werden sollen. Nur das weiß die „Post“, daß die Beträge nicht aus den Summen der lex Huene genommen werden sollen. Im Grunde ist damit auch nur etwas Selbstverständliches gesagt. Die Mindereinnahmen aus den Getreidezöllen werden die Summen der lex Huene derartig schmälern, daß für die Verwendung zu Schulzwecken überhaupt nichts übrig bleiben kann. Die Millionen, die die Erhöhungen der Staatszuschüsse für die Lehrerbefoldungen betragen wird, müssen also jedenfalls im Etatsgesetz direkt bewilligt werden. Wie man sich erinnert, hieß es vor mehreren Monaten glaubhaft, daß Herr Miquel dem Kultusminister in dieser Sache nicht geringe Schwierigkeiten gemacht habe. Es wird sich

alsbald herausstellen müssen, wie viel trotzdem Graf Zedlitz von seinem Kollegen aus dem Kastanienwäldchen hat heraus-schlagen können. Der Volksschulgesetzentwurf, der wichtigste, über den das Abgeordnetenhaus zu beraten haben wird, soll eine der ersten einzubringenden Vorlagen sein. In wenig mehr als 14 Tagen also werden wir dies wichtige Aktenstück in Händen haben.

— Der preussische Landtag ist nunmehr, wie bereits telegraphisch gemeldet, durch eine vom 28. Dezember datirte königliche Verordnung auf den 14. Januar 1892 einberufen worden.

— In der „Kreuztg.“ veröffentlicht der Abgeordnete Graf Mirbach-Sorquitten einen Aufsatz, in welchem er große Hoffnungen auf einen leistungsfähigen Kanal von Bromberg durch Westpreußen nach dem Herzen von Ostpreußen setzt und lebhaft für Staffeltarife eintritt. Der Schluß des Aufsatzes lautet:

Im Interesse der ostdeutschen Landwirtschaft darf man wohl die sichere Erwartung aussprechen, daß zweckmäßige Staffeltarife für alle Produkte der Land- und Forstwirtschaft nicht nur aufrecht erhalten, sondern weiter ausgebildet werden. Für die Seehandelsplätze, deren Bedeutung ich niemals unterschätzt habe, wird dadurch die Konkurrenz des binnenländischen Handels zweifellos vermindert. Eine zweckmäßige und gerechte Ausgleichung wird in ihrem Interesse verlangt werden müssen, darin bestehend, daß die gegenwärtigen hohen Tarife für inländisches Getreide usw. nach den Häfen ebenfalls entsprechend herabgesetzt werden. Die Handelsverträge mit Oesterreich, Italien usw. bastiren ausschließlich auf dem Bestreben der verbündeten Regierungen, den Export der deutschen Industrie zu heben. Ich halte dieses Bestreben an sich für voll gerechtfertigt — es fragt sich nur, ob die demselben gebrachten Opfer entsprechende sind — und habe ich dem auch im Reichstage Ausdruck gegeben. Hier handelt es sich auch um den Export und zwar um den Export der ostdeutschen Landwirtschaft nach dem einzigen ihr zugänglichen Markt. Da dürfen dieselben Staatsmänner, die in der preussischen Regierung ebenfalls die Leitung in Händen haben, doch nicht mit dem: „Ja, Bauer, das ist etwas anderes“ — derselben Landwirtschaft, die soeben schwerwiegende Opfer gebracht hat, das versagen, was sie der Industrie erwirkt haben!

— Der Oberbürgermeister Becker in Köln, der, wie gemeldet, kürzlich an Stelle des Geheimen Commerzienrathes Dr. v. Mevissen als Vertreter der Stadt Köln auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen wurde, ist damit bereits zum vierten Male lebenslangliches Mitglied unserer ersten Kammer geworden. Nach der Verfassungsurkunde sollen die Mitglieder des Herrenhauses entweder erbliche Berechtigung haben oder auf Lebenszeit berufen werden. Im Widerspruch mit dieser Bestimmung sagt die Verordnung wegen Bildung der ersten Kammer vom 12. Oktober 1854, daß das Recht der Mitgliedschaft bei den von Verbänden, Stiften, Universitäten und Städten präsentirten Mitgliedern mit dem Verluste der Eigenschaft, in welcher die Präsentation erfolgt ist, erlischt. Scheidet hiernach ein Vertreter einer Stadt aus dem städtischen Dienste, so erlischt seine Mitgliedschaft, und steht ein Gemeindevorstand nach dem anderen in der Präsentationsschere. Städtische Städte, so kann er mehrmals „auf Lebenszeit“ berufen werden, denn die Form der Berufung „auf Lebenszeit“ ist beibehalten worden. Der jetzige Oberbürgermeister Wilhelm Becker in Köln, der, wie beiläufig erwähnt werden mag, 1835 in Tangermünde geboren ist, trat zuerst als Vertreter der Stadt Halberstadt, deren Oberbürgermeister er war, 1868 ins Herrenhaus. Mit seiner Berufung nach Dortmund verlor er seinen Sitz, wurde dort aber von Neuem präsentirt. Dann vertrat er einige Jahre Düsseldorf, und jetzt tritt er für Köln in die erste Kammer ein.

— Der Bischof von Hildesheim veröffentlicht ein Verzeichniß der zu Ehren des verstorbenen Abgeordneten Windthorst eingegangenen Spenden für die Marienkirche in Hannover. Dieselben belaufen sich auf 112 272 M. Unter ihnen findet sich eine Gabe des Prinzen Luitpold, Regenten von Bayern, in Höhe von 10 000 M.

— Im Monat November betrug die Einnahme aus den preussischen Staatsbahnen bei einer Vermehrung der Länge derselben um 290,91 Km. aus dem Personen- und Gepäckverkehr 615 515 M. oder 17 M. per Km. mehr, als im November 1890, aus dem Güterverkehr 3 430 223 M. oder 130 p. Km., aus sonstigen Quellen 106 958 weniger, also im Ganzen mehr 3 938 780 M. oder 124 M. per Km. In der Zeit vom Beginn des Etatsjahres bis Ende November belief sich die Mehreinnahme gegen dieselbe Zeit 1890 auf 28 051 441 M. oder 675 M. per Km. Davon entfallen auf den Personen- und Gepäckverkehr 7 352 348 M.,

auf den Güterverkehr 15 057 610 M. und aus sonstigen Quellen 1 349 019 M.

— Nach Bestimmung des Finanzministers ist im Sinne des § 41 des Branntweinsteuergesetzes die Verarbeitung von Hülsenfrüchten als Getreide in landwirtschaftlichen Brennereien zulässig und zieht dieselbe eine Kürzung des Kontingents bei der nächsten Kontingentirung nicht nach sich.

— An der Berliner Produktenbörse vom Dienstag sind die Preise für Roggen um ca. 1/4 bis 2/4 Mark, die Preise für Weizen um ca. 3 Mark im Vergleiche zum Montag gefallen.

— Der Buchdruckerstreik ist beendet. Der Leiter der Berliner Streikbewegung, B. Schmitt, ist, wie die „Frei. Ztg.“ erfährt, am Dienstag Mittag auf dem Bureau des Bundes der Berliner Buchdruckereibesitzer erschienen und hat erklärt, daß Dienstag Abend in der in Berlin stattfindenden Versammlung der Gehilfenschaft der Streik für beendet erklärt werden solle. Eine gleiche Erklärung soll nach der „Nat.-Ztg.“ auch seitens der Gehilfen in Leipzig abgegeben worden sein. Eine Nachricht, welche auf die Beendigung des Streikes vorbereitete, brachte bereits gestern Abend das Stöcker'sche „Volk“. Mit der obigen Mittheilung erfahren die Warnungen, welche von wohlmeinender Seite vor Beginn des Streikes an die Gehilfenschaft gerichtet worden sind, ihre volle Rechtfertigung. Der Streik hat nicht einmal volle acht Wochen gedauert, während die Streikführer bei Beginn des Streikes in ihrem Organ verlündeten, daß die Gehilfenschaft den Streik 18 Wochen aushalten werde. Zu beklagen bei dem Ausgang sind nur die vielen irregeleiteten Gehilfen, besonders die verheiratheten, deren Existenz nunmehr auf lange Zeit hinaus untergraben ist. Die Verantwortlichkeit für die zahlreichen ruinirten Existenzen tragen lediglich die Streikführer.

## lokales.

**Bozen**, den 30. Dezember.

\* Zum Empfange des Erzbischofs. Der von uns erwähnten Beschwerde der „Schles. Volkszeitung“ schließt sich die „Germania“ an und fügt hinzu:

„Von unterrichteter Seite ist uns mitgetheilt worden, daß Mgr. v. Stabemski selbst den dringenden Wunsch geäußert habe, es möchte ein Deutscher ins Komite gewählt werden; das Komite habe aber diesen Wunsch nicht berücksichtigen können, da eine geeignete Persönlichkeit nicht gefunden werden konnte. Bei einer Anzahl von 100 000 deutschen Katholiken dürfte diese Angabe aber wohl berechtigten Zweifeln begegnen.“

Uns gegenüber erklärt der „Dziennik Pozn.“ einfach: die Sache ginge „die polen- und katholikenfeindliche Posener Zeitung“ gar nichts an. Wir sind neugierig, ob er die „Germania“ ebenso abfertigen wird. Was uns betrifft, so weisen wir den Vorwurf der Polen- und Katholikenfeindlichkeit entschieden zurück. Wir sind in dieser Frage lediglich von den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit ausgegangen. Uns als Katholikenfeinde zu bezeichnen, weil wir die Rechte der deutschen Katholiken wahrnehmen, ist eine Albernheit.

## Telegraphische Nachrichten.

**Krefeld**, 29. Dez. Das königliche Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: „Die Störung des Rheintrajektes Spyn-Welle auf der Strecke Kleve-Zwenaur ist seit heute Vormittag 9 Uhr 30 Min. beseitigt.“

**Petersburg**, 29. Dez. Anlässlich der Abreise des englischen Botschafters Morier nach Rom zum Antritte seines neuen Botschafterpostes spricht sich das „Journal de St. Petersburg“ sehr anerkennend über denselben aus und hebt hervor, die gesammte Thätigkeit des Botschafters habe dazu beigetragen die guten Beziehungen zwischen England und Rußland aufrechtzuerhalten und zu befestigen.

**Bern**, 28. Dez. In einer heute stattgehabten Versammlung von Obligationen-Inhabern der Bernischen Bodenkredit-Anstalt, erstattete der Präsident des Direktoriums Hofer Bericht über den Stand der Anstalt. Nach demselben beträgt der Gesamtverlust 1 656 291 Frks. Die Versammlung beschloß, daß ein Komite, bestehend aus 4 Berner und 3 Baseler Firmen, welche in einer demnächst in Basel abzuhaltenden Versammlung ernannt werden sollen, die Lage untersuchen und einer

Cents kostete. Aus einem solchen Sandwich und einem Glase Wasser bestand der ganze Lunch des Millionärs Tag für Tag. Eines Tages gab Sage dem Boten einen Vierteldollar, da er kein kleines Geld bei sich hatte, um den Sandwich zu holen; er wäre aber fast in Ohnmacht gefallen, als ihm der Bote mit dem Sandwich nur zehn Cents zurückbrachte. Auf die Frage, wo die fehlenden fünf Cents seien, antwortete ihm der arme Teufel, daß ihm fünfzehn Cents für den Sandwich, den er in einer anderen Wirthschaft geholt hatte, abverlangt worden seien. „Solche Verschwendung“, brauste Sage auf, „ist mir in meinem ganzen Leben noch nicht vorgekommen. Glauben Sie, daß ich dadurch reich geworden bin, daß ich fünfzehn Cents für einen Sandwich bezahlte? Ich hätte große Lust, Sie zu entlassen, will Ihnen aber diesmal durch die Finger sehen. Die fünf Cents ziehe ich Ihnen aber vom Gehalt ab.“ — Und er hat das wirklich auch gethan!

Etwas hat Sage aber doch häufig und willig gegeben — Rathschläge. Damit war er immer liberal und diese drehten sich stets um die Kunst des Sparens. Eines Tags kam eine der Schenkerfrauen zu ihm, welche in dem Gebäude beschäftigt war, wo kürzlich die Explosion stattgefunden hat, und ersuchte um eine Unterstützung. Ihr Mann hatte ein Bein gebrochen, eines ihrer Kinder lag sehr krank darnieder, und sie hatte kein Geld, um einen Arzt bezahlen zu können. — „Om, hm“, sagte Sage, als er die Frau angehört hatte, „das thut mir leid! Ich glaube aber kaum, daß Geld Ihnen helfen würde. Wieviel verdienen Sie hier wöchentlich?“ „Sechs Dollars“, lautete die Antwort. „Und wie lange sind Sie hier schon beschäftigt?“ fragte er weiter. „Zehn Jahre“, entgegnete ihm die Frau. „Da sehen Sie es“, sagte Sage triumphirend, „daß Geld Ihnen nichts nützen würde. Sechs Dollars die Woche macht im Jahre 312 Dollars. Hätten Sie wenigstens 50 Cents täglich gespart, so hätten Sie im Jahre 156 Dollars

und in zehn Jahren 1560, ja, mit Zinsen sogar 1700 Dollars gehabt. Folgen Sie daher meinem Rathe, sparen Sie täglich 50 Cents und in zehn Jahren haben Sie eine hübsche Summe Geldes!“ — Die ersten 50 Cents zu ihrem späteren Reichtum hat er ihr aber nicht gegeben.

Die Furcht, durch Falschgeld betrogen zu werden, ist im Allgemeinen größer, als sie berechtigt ist. In der That zirkulirt viel weniger imitirtes Geld, als man geneigt ist, zu glauben. Seitens des Staatschazamts in Washington ist z. B. festgestellt, daß zur Zeit innerhalb der Staaten Onkel Sams nur ein gefährliches Falsifikat, ein Zweifölber-Dollar-Certifikat, im Umlauf sich befindet. Drumond, der Chef der Abtheilung des Geheimdienstes im Staatschazamt, stellt die überraschende Behauptung auf, daß in den Vereinigten Staaten mehr Falscher existiren, als Falsifikate im Verkehr seien, wobei er allerdings in die genannte Kategorie von Verbrechern nicht nur die Verfälscher des Falschgeldes, sondern auch die Vertheiler desselben, sowie überhaupt alle mit dem Verbrechen irgendwie in Verbindung stehende Personen mit einschließt. Die wenigsten der Letzteren seien Verfälscher der Falsifikate. Unter 350 Personen, die im Vorjahre wegen Fälschung verhaftet worden seien, habe sich nur ein einziger dieser Gattung befunden. Zur weiteren Begründung seiner Behauptung führt Drumond an, daß die Fälscher in der Befürchtung entdeckt zu werden, Anfangs in der Regel sehr vorsichtig hinsichtlich der Veräußerung ihrer Falsifikate zu Werke gingen und nicht mehr in Umlauf brächten, als sie zu ihrem Lebensunterhalte bedürften. Bevor es ihnen aber gelinge, größere Mengen Falschgeldes zu verbreiten, sei ihre Festnahme gewöhnlich schon bewirkt. Seiner Zeit erschien ein Gesetz, durch welches jeder Bürger, in dessen Hände Falsifikate gelangen, verpflichtet ist, dieselben an das Staatschazamt einzuliefern, das allein zur Verwahrung falschen Geldes berechtigt ist.

Trotzdem behielten Banken oft eine Anzahl in ihren Besitz gekommener Falsifikate mit dem Hinweis, daß sie denselben bedürften zur Instruierung ihrer Angestellten hinsichtlich der Erkennung falschen Geldes. Da diese Begründung berechtigt erschien, wurde das erwähnte Gesetz mit einem Amendement versehen, laut welchem das Staatschazamt die Berechtigung erhielt, Banken Falschgeld zu dem angegebenen Zwecke zu leihen. Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sind indeß diejenigen Banken, welche der oben genannten Verpflichtung nicht nachkommen.

Vor Jahren bereisten das Land Leute, welche Summen imitirten Geldes bei sich führten und Bankiers, Kaufleute u. a. gegen ein gewisses Honorar über die Kennzeichen der Falsifikate unterrichteten. Die meisten dieser Reisenden waren in Rücksicht auf den point d'honneur ohne Tadel, da es aber unter jeder Herde räubige Schafe giebt, so war auch in diesem Falle keine Ausnahme von der Regel zu konstatiren. Eine Anzahl dieser „Lehrer“ verausgabte mehr Geld als sie verdiente und deckte das Manco ihrer Kasse dadurch, daß sie Falsifikate bei Leuten anbrachte, zu deren Eigenschaften das Mißtrauen nicht gehörte. Die Polizei sah sich in die Lage versetzt, fünf oder sechs dieser reisenden Instruktoren hinter Schloß und Riegel zu bringen. Gegenwärtig erteilt die Regierung an gewisse Personen Lizenz zur Ertheilung dieser Information. Dieselben müssen aber vorzüglich rekommandirt sein, und außerdem wird im Staatschazamt jedes Falsifikat, das diese Leute für ihren Zweck bei sich führen, genau verzeichnet. Sie sind gehalten, die Regierungsagenten in den Städten, wo solche angestellt sind, zu besuchen und ihnen ihren Vorrath nebst der Legitimation zu zeigen. Falschgeld, in dessen Besitz der Instruente während der Reise gelangt, ist er verpflichtet an das Staatschazamt einzusenden. Ein beizufügender Bericht hat alle Einzelheiten zu enthalten, welche der Reisende



Späteren Versammlung die zu ergreifenden Maßnahmen vorschlagen solle. Gegen die Aufnahme der nötigen Mittel zur Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse durch die Verwaltung erhob die Versammlung keine Einwände, dieselbe gab aber der Erwartung Ausdruck, daß die Verwaltung die Rathschläge des Komitees, sobald dieses konstituiert sei, annehmen werde.

**Rom, 29. Dez.** Die „Agenzia Stefani“ erklärt die auswärtige verbreitete Nachricht, der heutige Ministerrath hätte den Schluß der Parlamentssession in Erwägung gezogen, für unbegründet.

**Paris, 29. Dez.** Die Deputiertenkammer beendigte heute die Beratung über den vom Senate zurückgelangten Gesetzentwurf über den Zolltarif. Einige vom Senate beschlossene Änderungen wurden verworfen und eine Zusatzbestimmung angenommen, nach welcher das Gesetz vom 1. Februar 1892 anwendbar ist. Hierauf wurde der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit mit 396 gegen 112 Stimmen angenommen. — Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf ein, welcher angesichts der Unmöglichkeit das Budget bis Ende dieses Jahres fertig zu stellen, die Bewilligung eines provisorischen Zwölftels verlangt.

Der Senat begann heute die Generaldiskussion über das Budget.

**London, 29. Dez.** Nach einer in Windsor aus Osborne eingegangenen Depesche macht die Genesung des Prinzen Christian von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg so gute Fortschritte, daß weitere Telegramme über sein Befinden nicht notwendig erscheinen.

## Angelkommene Fremde.

**Posen, 30. Dezember.**

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Fürst, Rintel, Böttcher mit Frau und Schall a. Berlin, Hoff und Sachs a. Breslau, Friedheim a. Chemnitz, Duller a. Budapest u. Gronau a. Stettin, Oberförster Fischer mit Familie a. Tulce, Rittergutsbesitzer Stegemann a. Cieszkowice, Lieutenant der Reserve Reßler a. Wollstein.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Geh. Regierungsrath v. Dulong mit Frau a. Berlin, Oberleutnant Hoffmann a. Glogau, Fort-Arzt Kirchner mit Frau a. Magdeburg, Fräulein Kirchner a. Würzburg, Ingenieur Rottweil a. Dresden, Fabrikant Düll a. Prag i. Böhmen, Privatier Kassenmann a. Potsdam, die Kaufleute Kemmers a. Zittau, Lammell a. Gnanau, Heidenreich a. Nachen, Ring, Dertel und Sauerwald a. Berlin.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Glasner a. Göbau i. S., Kessel a. Breslau, Berger und Leue a. Berlin, Rentier Remmel a. Bamberg, Fabrikbesitzer Prinzler a. Braunschweig, Ingenieur Seiffert a. Berlin, Kaufmann Kretschmar a. Leipzig, Gutsbesitzer Franke a. Glogau, Landmann Schubert a. Rogätz, Maurermeister Biehmer a. Berlin, Arzt Behrens a. Breslau.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Referendar Jordan a. Berlin, die Kaufleute Grünmayer a. Oboznil, Otto a. Weiden, v. Kaiserstein u. Hauff a. Berlin.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Reßner a. Chemnitz und Wolff a. Nienburg, Monteur Henning a. Breslau, Kreissekretär Wudde mit Sohn a. Puzig, Ober-Notar Bleich mit Familie a. Danzig.

Keilers Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Fuchs a. Djalosyn, Stein a. Bielun, Kaphan a. Miloslaw, Schäfer, Cohn u. Schleifinger a. Berlin, Seidel u. Tochter a. Wilczin, Adler a. Mikulicz, Pinzomer a. Reuthen O.-Schl. u. Schäfer a. Poslaw, Lehrer Jarosynski a. Kurnit, Frau Gutsbeil, Bielarska a. Komorzewo, Gutsbesitzer Bloch a. Ratibor, Amtsrichter Schäfer u. Frau a. Strasburg, Dr. med. Schäfer u. Frau a. Berlin, Frau Schleifinger u. Fam. a. Berlin.

Hotel de Berlin (W. Kamieski). Die Rittergutsbesitzer v. Matczynski a. Ostrowo u. Cohn u. Frau a. Borzykowo, Lehrer Dalkowski a. Sowinn, Divisions-Probst Michalowicz a. Bromberg, Frau Bancka u. Tochter a. Dobrzyca, Kaufmann Schleifinger a. Danzig.

## Handel und Verkehr.

**\*\* Savona, 28. Dez.** Die heute stattgehabte und sehr zahlreich besuchte Versammlung der Aktionäre der Societa Metallurgica Lardy e Benec beschloß die Liquidation des Unternehmens und ernannte zu Liquidatoren Viale, Gerlich und Zillner. Die Versammlung sprach ferner ihre vollkommene Billigung der Thätigkeit des Verwaltungsraths aus, die nothwendig gewordene Liquidation sei eine Folge der allgemeinen Krise. Es sei zu hoffen, daß der Betrieb des Werkes durch eine demnächstige Kombination mit einem einheimischen oder auswärtigen Unternehmen wiedereröffnet werden könne.

**\*\* Genua, 29. Dez.** Die Gläubiger-Versammlung der Societa Metallurgica Lardy e Benec in Savona votierte gestern die Auflösung der Gesellschaft und die Abtretung der Werke an eine andere Gesellschaft.

**\*\* Newyork, 28. Dez.** Anfangs fest, belebt, entwickelte sich später eine allgemeine Steigerung, Schluß schwach. Der Umsatz der Aktien betrug 441 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 3 700 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 140 000 Unzen.

## Marktberichte.

**\*\* Leipzig, 29. Dez.** [Wollbericht.] Kammzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. p. Jan. 3,70 M., p. Febr. 3,75 M., p. März 3,75 M., p. April 3,75 M., p. Mai 3,80 M., p. Juni 3,80 M., p. Juli 3,80 M., p. Aug. 3,82 1/2 M., p. Sept. 3,82 1/2 M., p. Okt. 3,82 1/2 M., p. Nov. 3,82 1/2 M. Umsatz 70 000 Kilogr. Ruhig.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temperatur in Cel. Grad.
29. Nachm. 2	756,6	ND leicht	bedeckt	+ 0,6
29. Abends 9	752,9	ND leicht	bedeckt	- 1,5
30. Morgs. 7	748,2	ESW leichter Z.	bedeckt	+ 2,0

1) Schwacher Regen und Nebel.

Am 29. Dez. Wärme-Maximum + 0,9° Cel.

Am 29. Wärme-Minimum - 2,1°

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 29. Dez. Morgens 0,90 Meter.  
" 29. " Mittags 0,82 "  
" 30. " Morgens 0,82 "

## Telegraphische Börsenberichte.

### Konigsberg.

**Breslau, 29. Dez.** Schwächer. Neue 3proz. Reichsanleihe 84,85, 3 1/2proz. L.-Pfandbr. 96,20, Koniol. Türken 18,10, Türck. Loose 60,00, 4proz. ung. Goldrente 91,10, Bresl. Diskontobank 90,00, Breslauer Wechselbank 91,00, Kreditaktien 154,50, Schles. Bankverein 109,00, Donnersmarchhütte 82,00, Flöthner Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 123,50, Oberschles. Eisenbahn 54,00, Oberschles. Portland-Zement 89,50, Schles. Cement —, Oppeln. Zement —, Schles. Dampf. C. —, Kramka 119,00, Schles. Zinkaktien —, Laurahütte 105,75, Verein. Delfabr. 91,75, Oesterreich. Banknoten 172,40, Russ. Banknoten 199,60.

### Danaburg, 29. Dez.

Sehr fest. Gold in Barren p. Rio 2786 Br., 2782 Gd. Silber in Barren p. Rio 127,75 Br., 127,25 Gd. **Frankfurt a. M., 29. Dez.** (Schlußkurse) Matt. Lond. Wechsel 20,307, 4proz. Reichsanleihe 105,80, österr. Silberrente 79,10, 4 1/2proz. Papierrente 79,50, do. 4proz. Goldrente 94,20, 1860er Loose 120,10, 4proz. ung. Goldrente 91,20, Italiener 90,11, 1880er Russen 92,30, 3. Orientanl. 62,50, unifiz. Egypter 96,50, konv. Türken 18,10, 4proz. türk. Anl. 83,20, 3proz. port. Anl. 31,70, 5proz. serb. Rente 84,90, 5proz. amort. Rumänier 97,30, 6proz. konjol. Mexik. —, Böhm. Westb. 299 1/2, Böhm. Nordbahn 157 1/2, Franzosen 248 1/2, Galizier 177 1/2, Gotthardbahn 137,00, Lombarden 73, Lübeck-Büchen 145,20, Nordwestb. 177 1/2, Kreditakt. 245 1/2, Darmstädter 123,10, Mitteld. Kredit 90,80, Reichsb. 144,60, Disk. Kommandit 169,50, Dresdner Bank 131,80, Barl. Wechsel 80,65, Wiener Wechsel 171,85, verbliche Tabakrente 85,10, Bochum. Gußstahl 111,00, Dortmund. Union 56,00, Harpener Bergwerk 145,31, Siberita 123,40, 4proz. Spanier 65,00, Mainzer 110,90.

Privatdiskont 3 1/2 Proz.

\*) per comptant.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 248 1/2, Disk. Kommandit

171,20, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Portugiesen —, Laurahütte —, Duxer —, Buschradler —, Böhmisches Westbahn —, Darmstädter —, Gotthardbahn 138,10, Staatsbahn —.

**Wien, 29. Dez.** (Schlußkurse.) Anschließend an Auslandsberichte bei ruhiger Tendenz vorwiegend abgeschwächt, Schluß behauptet. Deferr. 4 1/2 Proz. Papierrent. 92,72 1/2, do. 5proz. 102,25, do. Silberrent. 92,35, do. Goldrente 109,35, 4proz. ung. Goldrente 106,20, dr. Papierrent. 101,75, Länderbank 199,80, österr. Kreditaktien 288,00, ungar. Kreditaktien 330,50, Wien. W.-B. 107,75, Elbethalbahn 225,25, Galizier 207,50, Lemberg-Czernowitz 242,00, Lombarden 81,75, Nordwestbahn 207,25, Tabakaktien 159,50, Napoleons 9,35 1/2, Marknoten 58,05, Russ. Banknoten 1,15, Silbercoupons 100,00.

**Paris, 29. Dez.** Nach hier vorliegenden Meldungen aus Madrid wurden bei der Subskription auf die neue Anleihe von 250 Millionen 60 Millionen gezeichnet. Dem Staatskassach wird jedoch der ganze Anleihebetrag zufließen, da das Syndikat die Anleihe fest übernommen hatte.

**Paris, 29. Dez.** (Schlußkurse.) Fest. Nach an der Börse zirkulirenden Nachrichten erreichen die Zeichnungen auf die spanische Anleihe kaum 60 Millionen.

3proz. amort. Rente 96,40, 3proz. Rente 95,07 1/2, 4 1/2proz. Anl. 105,00, Italien. 5 Proz. Rente 92,07 1/2, österr. Goldr. 94 3/4, 4 1/2proz. ungar. Goldr. 93,31, 3. Orient-Anl. 63,93, 4proz. Russen 1889 94,70, Egypter 481,87, konv. Türken 18,45, Türkenloose 64,00, Lombarden 198,75, do. Prioritäten 314,00, Banque Ottomane —, Panama 5proz. Obligat. —, Rio Tinto 465,00, Tabakaktien —, Neue 3proz. Rente 94,97, 3proz. Portugiesen 33, Neue 3proz. Russen 78,50.

**London, 29. Dez.** (Schlußkurse.) Sich bessernd. Engl. 2 1/2proz. Consols 95 1/2, Preuß. 4proz. Consols 115, Italien. 5proz. Rente 91 1/2, Lombarden 7 1/2, 4proz. 1889 Russen (II. Serie) 94 1/2, konv. Türken 18 1/2, österr. Silberrent. 79, österr. Goldrente 92, 4proz. ungar. Goldrente 92 1/2, 4proz. Spanier 65 1/2, 3 1/2proz. Egypter 90 1/2, 4proz. unifiz. Egypter 95 1/2, 3proz. gar. Egypter 101 1/2, 4 1/2proz. Tribut-Anl. 93 1/2, 6proz. Mexik. 85 1/2, Ottomankbank 11 1/2, Suezaktien 107 1/2, Canada Pacific 94 1/2, De Beers neue 14 1/2, Blagobistont 2 1/2.

Wechselnotirungen: Deutsche Plätze 20,54, Wien 11,96, Paris 25,41 1/2, Petersburg 22 1/2.

**Buenos-Ayres, 28. Dez.** Goldagio 272,00.

**Rio de Janeiro, 28. Dez.** Wechsel auf London 12 1/2.

## Produkten-Kurse.

**Königsberg, 29. Dez.** Getreidemarkt. Weizen unverändert, Roggen unv., loco per 2000 Pfd. Zollgew. 227,00. Gerste unv. Hafer unverändert, loco p. 2000 Pfd. Zollgewicht 156,00. Weiße Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgew. unverändert. Spiritus p. 100 Liter 100 Proz. loco 68 1/4, p. Dez. 68 1/4, p. Jan. 68 1/4. — Wetter: Thaumetter.

**Danzig, 29. Dez.** Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, Umsatz 50 To., Weizen bunt u. hellfarbig 218—220, do. hellbunt 228, do. hochbunt und glattig 230, per Dez. Transitt —, p. April-Mai Trans. 191,50. Roggen loco geschäftslos, inl. p. 120 Pfd. —, do. polnischer oder russischer Trans. —, do. p. Dez. p. 120 Pfd. Trans. —, do. p. April-Mai 192,00. Gerste große loco 160—165. — Gerste kleine loco 158. — Hafer loco —. Erbsen loco —. Spiritus p. 10 000 Lit.-Proz. loco kontingentirt 67,00, nichtkontingentirt 48,00. — Wetter: Thaumetter.

**Röln, 29. Dez.** Getreidemarkt. Weizen tiefer loco 23,75, do. fremder loco 25,25, p. März 22,75, p. Mai 22,75. Roggen tiefer loco 24,25, fremder loco 26,25, p. März 24,00, per Mai 24,20. Hafer tiefer loco 15,50, fremder 15,80. Rüböl loco 65,00, p. Mai 1892 61,80, p. Oktober 60,80. — Wetter: Regen.

**Bremen, 29. Dez.** (Kurse des Effekten- und Walfen-Bereins, 5proz. Nordb. W.-Kammerei- und Kammanen-Spinnerei-Aktien 110 Gd., 5proz. Nordb. Lloyd-Aktien 96 1/2 Gd.)

**Bremen, 29. Dez.** (Börse = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notir. der Bremer Petroleumbörse.) Sehr fest. Loco 6,30 bez.

Baumwolle. Niedriger. Upland middl., loco 38 1/2 Pf., Upland Bafis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, Dez. 39 Pf., Jan. 39 Pf., Febr. 40 Pf., März 40 Pf., April 40 1/4 Pf., Mai 40 1/4 Pf., Juni — Pf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 35 Pf., Armour 34 Pf., Rohe and Brother — Pf., Fairbanks 32 Pf.

Wolle. 184 Ballen Cap, 13 Ballen Austral.

**Petersburg, 29. Dez.** Productenmarkt. Talg loco 54,00.

Aug. —. Weizen loco 14,50. Roggen loco 12,25. Hafer loco 5,50. Hanf loco 45,00. Leinwand loco 14,50. Wetter: Thaumetter.

**Samburg, 29. Dez.** Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, halblein. loco neuer 222—228. — Roggen loco ruhig, meßerb. loco neuer 220—240, russ. loco ruhig, neuer 192—198. — Hafer ruhig. — Gerste

betrifft des Falsifikates hat in Erfahrung bringen können. Das Staatskassant läßt ihm unter Umständen eine Kopie der Imitation für seinen Zweck zugehen. Wehe dem Instruktur, in dessen Besitz mehr Falschgeld vorgefunden wird, als seine Lizenz ihm zu führen gestattet. Der Entdeckung dieses Falles folgt die sofortige Verhaftung ebenso, als wenn die Anzahl seiner Informationsmittel kleiner als die in der Legitimation vorgesehene ist. Viele dieser reisenden Instruktoren haben dem Staate in der Bekämpfung des Falschmünzergewerbes hervorragende Dienste geleistet, andere hingegen waren im Laufe der Jahre allmählich auf eine Stufe hinabgefunken, welche sich von dem Standpunkte Sener nicht wesentlich mehr unterschied, denen sie das Handwerk zu legen berufen waren. Diese sind ausgemerzt worden. Bemerkenswerth ist die Thatsache, daß sich innerhalb der Vereinigten Staaten zur Zeit nur zwei Falschmünzer in gerichtlichem Gewahrsam befinden.

In der Bundeshauptstadt Washington wird in Kurzem ein Postmuseum errichtet werden, welches das bis jetzt einzig dastehende Berliner Postmuseum zum Vorbilde hat. So interessant, wohlgeordnet und reichhaltig auch das Postmuseum in Berlin sein mag, es wird wahrscheinlich nach jeder dieser Richtungen hin in nicht ferner Zeit von dem in Washington zu begründenden übertroffen werden. In dem Generalpostamtsgelände ist man augenblicklich damit beschäftigt, die nöthigen Räumlichkeiten dafür herzurichten. Sobald dies geschehen und die jetzt noch zerstreut untergebrachten Ausstellungsgegenstände, deren Zahl sich binnen Kurzem verdoppeln und verdreifachen wird, dort ihren Platz gefunden haben, wird Washington, das jetzt schon des Sehenswürdigkeiten so viel bietet, um eine hochinteressante Sehenswürdigkeit reicher sein. Das zukünftige Postmuseum soll die Geschichte und den gegenwärtigen Stand des Briefbeförderungswezens in diesem Lande und in den

übrigen Ländern der neuen wie der alten Welt veranschaulichen. Soweit die Vereinigten Staaten in Betracht kommen, ist die Sammlung der darauf bezüglichen Ausstellungsgegenstände schon ziemlich vollständig; das meiste, was noch zu thun ist, ist die übersichtliche systematische Anordnung derselben und damit kann erst begonnen werden, wenn der erforderliche Platz dafür vorhanden ist.

Auch die Geschichte des Postwesens hat in diesem Lande einen ungemein raschen Verlauf genommen. Es ist noch nicht lange her, daß der „Pony Express“-Reiter, von dessen gesammter Ausrüstung man eine bis ins Kleinste genaue Nachbildung in dem Museum sehen wird, den Briefbestellungsdienst im Westen versah. Und für die damaligen Verhältnisse war diese Art der Briefbeförderung gar nicht schlecht. Diese lühnen, berittenen Briefboten durchflogen, an den bestimmten Stationen einander ablösend, jeder die ihm angewiesene Strecke in faulem Galopp, sodaß ein Briefsack von St. Joseph nach San Francisco, 2000 Meilen weit über das unwirthlichste und unwegsamste Gebiet hin, in zehn Tagen befördert wurde. Aber leicht und gefahrlos war der Dienst der Pony-Reiter nicht. Man erinnere sich nur an folgende Begebenheit aus dem Leben des unter dem Namen „Wilber-Will“ bekannten Pony-Briefboten. Als dieser auf seinem Ritt sich einst einem mitten in der Wildniß gelegenen sogenannten „Store“ näherte, bemerkte er vor demselben eine Gruppe von Männern, denen er mit seinem geübten Auge schon von Weitem ansah, daß sie ihn anzugreifen beabsichtigten. Was that er? Er sprengte kühn bis nahe an das Haus heran, dort lenkte er seinen Pony nach der Seitenthüre, die direkt nach der im oberen Stockwerke befindlichen Schlafstube führte, sprang ab, lief die Treppe hinauf, und als die Banditen ihm nachfolgten, schoß er einen nach dem anderen von oben herunter todt.

Das Museum soll jedoch, wie gesagt, nicht nur die Ent-

wickelungsgeschichte des Postsystems der Vereinigten Staaten vorführen, es soll auch zeigen, wie in anderen amerikanischen und außeramerikanischen Ländern, bei zivilisirten und unzivilisirten Völkern, das Briefbestellungswezen sich entwickelt hat, und wie es zur Zeit beschaffen ist. Zu diesem Zwecke ist vor einigen Monaten ein Rundschreiben an fast alle Regierungen der Welt ergangen und um Zusendung geeigneter Beiträge gebeten worden. Viele Regierungen haben diesem Ersuchen schon entsprochen. Aus Deutschland, Italien, Spanien, Frankreich, Rußland, der Schweiz, der Türkei und Persien sind Sendungen bereits eingetroffen und weitere Sendungen in Aussicht gestellt. Auch die südamerikanischen Republiken haben angekündigt, daß sie in dem Museum vertreten zu sein wünschen. Aus England wird demnächst eine sehr umfangreiche Kollektion erwartet. Fast jeden Tag kommen Ankündigungen oder Sendungen an. So wurden erst vor wenigen Tagen mehrere Kolli von Ausstellungsgegenständen ausgepackt, die Oesterreich-Ungarn zugesandt hat. Diese Sammlung läßt an Vollständigkeit nichts zu wünschen übrig; sie enthält sogar die Noten zu den Melodien, welche die Postillon dort auf ihren Posthörnern blasen. Man hat die Absicht, allen auswärtigen Regierungen, welche größere Beiträge liefern, als Gegengeschenk eine Sammlung von Ausstellungsgegenständen zuzusenden, durch welche die in diesem Lande bestehende Briefbestellungsart methodisch veranschaulicht werden. Da hierzu Gelder erforderlich sind, wird im nächsten Kongreß eine diesbezügliche Gesetzesvorlage eingebracht werden.

1. Broker.



Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von B. Deder u. Co. (A. Rötel) in Boien